

Pressemitteilung

Schuldenbremse demokratiefeindlich und kurzsichtig – junge Menschen fordern finanzpolitisches Umdenken

Berlin, 23. März 2024 – Den Zusammenhang zwischen Finanzpolitik und dem Erstarken demokratiefeindlicher Kräfte diskutieren knapp 200 junge Menschen unter anderem mit Ricarda Lang, Kevin Kühnert und Adam Tooze auf dem Finanzpolitischen Jugenddialog von Fiscal Future.

Wirtschaftliche Sorgen und wachsende Ungleichheiten sind ein zentraler Treiber dafür, dass sich immer mehr Menschen von demokratischen Parteien abwenden. Ob sich diese Entwicklungen durch finanzpolitische Instrumente beeinflussen lassen, und wie die Demokratie gegen den erstarkenden Rechtsextremismus verteidigt werden kann, stand im Mittelpunkt des Dialogs mit Expert:innen aus Wissenschaft und Politik. Eine besondere Rolle spielte dabei die Schuldenbremse, wobei auch die Möglichkeit einer Reform intensiv debattiert wurde.

Die jungen Menschen stellten klare finanzpolitischen Forderungen an die Politik, darunter ein Sondervermögen für bessere Bildung, die Aufhebung des Ehegattensplittings sowie eine stärkere Besteuerung extrem hoher Erbschaften und Schenkungen, um die sozialökologische Transformation durch verteilungspolitische Maßnahmen zu unterstützen.

Debattenbeiträge der Speaker:innen

Einen eindringlichen Auftakt lieferte Wirtschaftshistoriker **Adam Tooze** von der Columbia University, der die Schuldenbremse als einen "Angriff auf die Souveränität und Freiheit der zukünftigen Generationen" und eine "Selbstblockade der wirklich besonderen Sorte" bezeichnete. Die willkürlich festgesetzte Schuldenbremse sei "Demokratiefeindlichkeit aus der Mitte der Politik. Man nimmt damit zukünftigen Generationen und dem Parlament die Möglichkeit, Finanzpolitik mit einfacher Mehrheit zu betreiben."

Harald Christ, Unternehmer und von 2020 bis 2022 Bundesschatzmeister der FDP, sprach sich ebenfalls für eine Reform der Schuldenbremse aus und kritisierte: "Es ist eine große Fehleinschätzung der FDP zu glauben, dass ihr eigenes Klientel die Notwendigkeit einer Schuldenbremsen-Reform nicht versteht." Gerade Unternehmer:innen würden die Notwendigkeit von kreditfinanzierten Zukunftsinvestitionen verstehen. Außerdem forderte er von deutschen Unternehmen, sich gegenüber rechtspopulistischen Kräften "einzubringen, nicht wegzuducken und opportunistisch zu sein, sondern klare Kante zu zeigen."

Ricarda Lang, Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, ist überzeugt: „Wir erleben das Ende vom Ende der Geschichte und stehen vor der Frage, ob und wie sich Demokratien nach außen bewähren können. Die innenpolitische Stabilität und die soziale Frage sind hierbei ausschlaggebend.“ Deshalb sei klar: „Nach 2025 braucht es eine Reform der Schuldenbremse.“

„Gefährlich für unsere Demokratie wird es, wenn Menschen der Stimmung unterliegen, dass es für ihre eigene Lebensrealität keinen Unterschied macht, welche Parteien sie wählen. Es macht aber einen Unterschied!“ sagte SPD-Generalsekretär **Kevin Kühnert**. Die AfD habe nicht materielle, sondern kulturelle Fragen zu ihrem politischen Inhalt gemacht. „Sie holt stimmungstechnisch auch diejenigen ab, die die Hoffnung auf materielle Verbesserungen verloren haben. Wahr ist aber, dass die AfD zwar inzwischen alle neoliberalen Professoren aus ihrer Partei verdrängt hat, aber nicht deren Programmatik. Materielle Verbesserungen sind von dort also gar nicht zu erwarten.“

DGB-Vorsitzende **Yasmin Fahimi** kritisierte scharf: "In guten Zeiten sparen wir, und in schlechten Zeiten sparen wir noch mehr – das führt uns in massive Probleme!" Außerdem betonte sie: "Jeder Euro, der jetzt investiert wird, schafft einen doppelten oder dreifachen Wohlstand, von dem die zukünftigen Generationen profitieren werden."

Frei nutzbare Bilder: https://drive.google.com/drive/folders/1bMh3LWUISXoCMHVNoerRGiaOY-16iFNQ?usp=drive_link

Über FiscalFuture

FiscalFuture ist eine überparteiliche NGO junger Menschen für eine zukunftsfähige Finanzpolitik. Die Initiative verschafft jungen Menschen eine Stimme im öffentlichen Raum und fordert eine evidenzbasierte Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ziele sind die Stärkung von Beteiligung und Information über aktuelle und grundsätzliche finanzpolitische Debatten.

Kontakt für Presseanfragen

Marina Guldemann
0176-64753087

marina.guldemann@fiscalfuture.de

Moritz Neubauer
0178-5208707

moritz.neubauer@fiscalfuture.de

Rifka Lambrecht
0152-36917320

rifka.lambrecht@fiscalfuture.de